

„Perspektive 2035“ | 06.07.2017 | Lesezeit 3 Min.

„Wir müssen dem demografischen Wandel etwas entgegensetzen“

Das IW Köln hat die Wachstumsperspektiven Deutschlands bis 2035 modelliert. Demnach wird das Bruttoinlandsprodukt unter den heutigen Gegebenheiten nur noch schwach zulegen. Doch es gibt Alternativen, wenn die Politik die richtigen Weichen stellt, erklärt Michael Grömling, Leiter der IW-Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur, im Gespräch mit dem iwd.

Herr Grömling, was ist besonders alarmierend an Ihren Forschungsergebnissen zu den Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft?

Während die deutsche Wirtschaft momentan noch mit deutlich über 1,5 Prozent zulegt, wird sich das mögliche Wachstum bis 2035 mehr als halbieren – zumindest dann, wenn es uns nicht gelingt, dem demografischen Wandel etwas entgegenzusetzen.

Mehr Kinder?

Das wäre natürlich schön. Doch bis die arbeiten können, dauert es. Zudem sind die familienpolitischen Möglichkeiten begrenzt. Auch die Zuwanderung kann die demografischen Entwicklungen nur ein wenig verlangsamen. Aber es gibt andere Möglichkeiten, die einfacher umzusetzen sind und schneller wirken: Es geht darum,

mehr Arbeit, Kapital und technischen Fortschritt zu mobilisieren.

Das sagen Politiker in jeder Talkshow. Aber was heißt das konkret?



In unserer Studie machen wir zu allen drei Faktoren detaillierte Vorschläge. Hier will ich mich auf den Faktor Arbeit beschränken: Wir berücksichtigen in unserem Basisszenario beispielsweise, dass die Rente mit 67 bis zum Jahr 2031 schrittweise eingeführt wird. Das Rentenalter könnte - mit Blick in die noch fernere Zukunft - danach in den Jahren mit hohen demografischen Anpassungslasten flexibel gehandhabt werden. Zum Beispiel mit Prämien für diejenigen, die länger

arbeiten können und wollen.

Eine andere Möglichkeit wäre es, dafür zu sorgen, dass beispielsweise mehr Ältere überhaupt bis 67 arbeiten und Frauen noch besser in das Arbeitsleben integriert werden - da sind wir ja schon auf einem guten Weg. Oder man geht an das Thema Arbeitszeit heran: Mehr Spielraum bei Teilzeitkräften kann einen spürbaren Effekt auf das Arbeitsvolumen haben.

Können Sie die Auswirkungen, die all die genannten Maßnahmen hätten, beziffern?

In den 2030er Jahren würde das BIP um 0,3 Prozentpunkte pro Jahr stärker steigen, wenn es Deutschland gelingt, seine Arbeitskräfte besser zu mobilisieren. Aufsummiert von heute bis ins Jahr 2035 wäre das ein Einkommensplus von fast 10.000 Euro pro Einwohner.

Investitionen und Innovationen sind unverzichtbar für den künftigen Wohlstand

Was wäre drin, wenn die Investitionen in Schwung kommen und es eine

Technologieoffensive gibt?

Investitionen und Innovationen sind unverzichtbar für den künftigen Wohlstand: Je Einwohner läge das BIP am Ende des Betrachtungszeitraums dann um 1.850 Euro beziehungsweise 4 Prozent höher als im Basisszenario. Aufsummiert wären es fast 12.500 Euro mehr. In Kombination mit einem höheren Arbeitseinsatz reden wir dann über ein Einkommensplus von 21.850 Euro je Einwohner bis zum Jahr 2035.

Das ist viel Geld.

In der Tat. Wenn wir dagegen nicht handeln, würde uns diese wirtschaftliche Ignoranz eine Menge Geld kosten. Wir sprechen hier von 265 Milliarden Euro, um die das BIP im Jahr 2035 höher liegen könnte, wenn Politik, Unternehmen und Gesellschaft Veränderungen anstoßen und annehmen.

Aber mal Hand aufs Herz: Wie realistisch sind Vorhersagen, die so weit in die Zukunft reichen? Die Flüchtlingskrise zum Beispiel hat viele alte Prognosen über den Haufen geworfen ...

Unsere Zahlen sind ja keine Prognose. Wir reden hier nur über Möglichkeiten, denen plausible Annahmen über die großen Wachstumstreiber Arbeit, Kapital und Technologie zugrunde liegen. Ein Blick auf die gegenwärtigen globalen Risiken – zum Beispiel den Protektionismus – kann eine solche Projektion schnell reif für den Papierkorb machen. Gleichwohl müssen sich Politik, Unternehmen und Gesellschaft auf die großen Wachstumsfaktoren und deren Gestaltungspotenziale strategisch konzentrieren.

Manch einer sagt, dass eine Wirtschaft nicht zwangsweise wachsen muss, damit es allen gut geht.

Ob eine Volkswirtschaft einen steigenden Lebensstandard möchte oder nicht, das ist eine gesellschaftliche Entscheidung. Wachstum hat keinen Selbstzweck. Vieles fällt aber leichter, wenn die Wirtschaftsleistung zulegt – die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und des Staatshaushalts, der Schuldenabbau und der soziale Ausgleich.

Wie realistisch ist es denn, dass die Politik handelt statt - wie sie es gerade formuliert haben - wirtschaftspolitisch ignorant zu bleiben?

Das hängt zum einen vom Weitblick der Politiker ab. Ich bin mir manchmal nicht sicher, ob sie schon ausreichend berücksichtigen, welche Anpassungslasten es infolge der demografischen Entwicklung und ihrer vielfältigen gesellschaftlichen Folgen gibt. Zum anderen erfordert eine solche Strategie einen langen Atem – und der braucht den gesellschaftlichen Rückhalt der Jungen und der Alten.

Im Interview: Michael Grömling *Senior Economist*

1. Leiter der Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur
2. Seit 1996 im IW
3. Geboren 1965 in Würzburg
4. Studium der Volkswirtschaftslehre und Anglistik an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität in Würzburg
5. Professur an der Internationalen Hochschule Bad Honnef/Bonn im Fach Volkswirtschaftslehre und Lehrauftrag an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg zum Thema Business Integration



Telefon: 0221 4981-776

E-Mail: groemling@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Wenn es Deutschland in Zukunft gelingt, seine Arbeitskräfte besser zu mobilisieren, kann die Wirtschaftsleistung trotz demografischem Wandel weiter steigen.
- Das Bruttoinlandsprodukt könnte im Jahr 2035 um 265 Milliarden Euro höher liegen, wenn Politik, Unternehmen und Gesellschaft auf Investitionen und Innovationen setzen.
- Politiker brauchen Weitblick, einen langen Atem und gesellschaftlichen Rückhalt, um die nötigen Anpassungen infolge der demografischen Entwicklung umsetzen zu können.